


BUND Landesverband Brandenburg, Friedrich Ebert Str. 114a, 14467 Potsdam
An den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Platzeck,



nach der Katastrophe in Japan wird vielen Menschen bewusst, dass das Restrisiko der „friedlichen“ Atomkraftnutzung sehr groß ist und die Atomenergie unsere Gesellschaft und zukünftige Generationen vor komplett ungelöste Probleme stellt. Die Atomenergie ist eine der höchst subventionierten Energieformen und genoss bis vor wenigen Wochen in weiten Bevölkerungskreisen ein sauberes Image.

Ich als Landesvorsitzender des BUND Brandenburg möchte aber davor warnen jetzt reflexhaft die Braunkohle als Alternative in die Diskussion zu bringen. Auch die Carbon-Capture and Storage Technologie ist eine Risikotechnologie. Der BUND Brandenburg hat vielfach auf die zu erwartenden Auswirkungen dieser Technologie hingewiesen. Vielmehr ist es notwendig einen beschleunigten Weg aus der Braunkohleverstromung hin zu einer regenerativen Energieversorgung zu gehen. Dazu ist es aber nicht nötig, immer wieder die selben Phantomdebatten zu führen.

Stromexport

Brandenburg exportiert mehr als 60 Prozent des erzeugten Stroms in andere Bundesländer und in die Nachbarstaaten wie Polen. In allen diesen Ländern werden die Erneuerbaren Energien stärker genutzt werden, außerdem will man auch dort Energie effizienter einsetzen. Es ist also sehr fraglich, ob der brandenburgische Stromexport in Zukunft in dieser Größenordnung benötigt wird.

Grundlast

Der Grundlastbedarf liegt bei ca. 40 Prozent der Jahreshöchstlast und somit für Ostdeutschland einschließlich Berlin bei maximal 4.200 MW (das ehemalige Versorgungsnetz von Vattenfall). Allein die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz und bei Lippendorf haben eine Leistung von 8.340 MW. Hinzu kommen in der Region zahlreiche Industrie- und Heizkraftwerke, Gas- und Steinkohlekraftwerke.

Selbst bei schrittweiser Stilllegung des größten und ältesten Kraftwerks in Jänschwalde mit 3000 MW bis 2020, wäre weder die Versorgungssicherheit noch die Grundlastversorgung gefährdet.

Gebraucht werden beim Umstieg auf Erneuerbare Energie Mittellast- und Spitzenlastkraftwerke. Also Kraftwerke, die das schwankende Angebot der Erneuerbaren Energien ausgleichen können. Große Braunkohlekraftwerke können das nicht.

Die Menge des Stroms, welcher durch Erneuerbare Energien erzeugt wird, entspricht schon heute mehr als zwei Drittel des Stromverbrauchs im Land. Der Absatz an Kohlestrom ist deshalb seit vielen Jahren rückläufig. Der Bedarf an Grundlastkraftwerken sank trotz den zeitweiligen Stilllegungen von Atomkraftwerken in den Jahren 2006 bis 2009 stetig. Warum soll also eine Renaissance der Braunkohleverstromung einsetzen? Sieben pausierende Atomkraftwerke werden sich in der Strombilanz Ostdeutschlands überhaupt nicht bemerkbar machen.

Carbon-Capture and Storage (CCS)

Das Land Brandenburg ist gut beraten, wenn es den Ausbau der Erneuerbaren Energien forciert, um das stetige Anwachsen an Beschäftigung in diesem Bereich zu erhalten. Gleichzeitig muss der Ausbau durch intelligente und strukturelle Maßnahmen ergänzt werden. Mit der Umwandlung von Überschussstrom in Wasserstoff, dem maßvollen Ausbau der Biomassennutzung verbunden mit der Einspeisung von Biomethan in die Gasnetze und der Errichtung von Gaskraftwerken sind die richtigen Signale gesetzt.

Das Festhalten an CCS, insgeheim verbunden mit der Hoffnung, Vattenfall würde das Vorhaben von sich aus einstellen, macht die Landesregierung unglaubwürdig.

Die von Ihnen geführte Landesregierung hat sich gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ausgesprochen. Neben den Sicherheitsaspekten unter anderem mit der Begründung, dass die Laufzeitverlängerung der AKWs die Umstellung auf Erneuerbare Energien behindere, da durch zu viel Grundlast die Netze verstopft sind und ein neues, an den Erneuerbaren orientiertes Netzmanagement verhindert wird. Das gleiche gilt für Braunkohlekraftwerke. Ob mit oder ohne CCS ist egal.

Arbeitsplätze

Die Braunkohlewirtschaft ist immer noch beschäftigungspolitisch relevant. Das bedeutet aber nicht, dass das Kraftwerk Jänschwalde nicht schrittweise stillgelegt werden könnte.

Selbst nach Stilllegung von Kraftwerken werden zahlreiche Beschäftigte gebraucht. In der Regel ist es ein Drittel der Belegschaft, das die Stilllegung über viele Jahre betreut. In Brandenburg schlägt nicht nur die Stilllegung und der Abriss der Altanlagen, sondern auch die Rekultivierung langfristig positiv zu Buche.

Ein geordneter Ausstieg aus den Großkraftwerken, zum Beispiel über zwei Jahrzehnte in der Braunkohle, bedeutet keine beschäftigungspolitische Katastrophe. Im Gegenteil, die Lausitz-Region würde endlich wissen, wie es langfristig weitergehen soll.

Netzausbau

Eine weitere Scheindebatte findet im Netzausbau statt. Der Netzausbau nutzt zur Zeit nur den Atom- und Kohlekraftwerken, um die großen – zu großen – Grundlastmengen europaweit verteilen zu können. Solange diese Großkraftwerke laufen oder ihre Stilllegung nicht absehbar ist, werden sich die Bürgerinnen und Bürger auch mit diesem Argument zu Wehr setzen. Die Uckermarkleitung ist ein gutes Beispiel. Selbst im Gesetz steht, dass sie zum europäischen Netzausbau dient und nicht, wie oft kolportiert, zum Abtransport Erneuerbaren Stroms.

Beachtenswert ist auch, dass speziell die Länder in Süddeutschland nun große Netzprojekte fordern, damit Offshorestrom nach Süden gebracht werden kann. Strom und auch Strom aus Erneuerbarer Energie sollte möglichst vor Ort erzeugt und genutzt werden. Wenn die Länder Baden-Württemberg und Bayern ihre Blockadepolitik gegenüber Windkraftanlagen aufgeben würden, könnten sie ein Vielfaches an WKA-Leistung haben, als heute ihre neun AKWs besitzen. Dass der Wind nicht nur an der Küste weht, zeigen die Binnenländer NRW, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Die Länder Bayern und Baden-Württemberg die flächenmäßig größer sind, als die vorgenannten, haben zur Zeit nicht mal ein Zehntel der WKA-Leistung wie die genannten Drei. Wenn die Südländer genau so ambitioniert wären wie andere Bundesländer im Bereich der Windkraftnutzung könnte so manche Trasse durch den Thüringer Wald gespart werden.

Unsere Forderung ist also die Phantom- und Scheindiskussionen zu beenden. Wir können die Klimaziele in Brandenburg trotz Atomausstieg erreichen, indem wir das Kraftwerk Jänschwalde innerhalb von 10 Jahren zurückbauen. Die Stromversorgung inklusive der Grundlastsicherung wäre sicher. Die CO2 Einsparung würde ohne CCS ausreichen, um die Klimaschutzziele für 2020 zu überbieten. Der Beschäftigungsverlust wäre gering und würde durch den Wachstumssektor der erneuerbaren Energien aufgefangen.

Mit freundlichen Grüßen



Burkhard Voß
Landesvorsitzender